

Inland in Kürze

Amthliches Endergebnis – Bundeswahlleiter Egeler hat am Mittwoch in Berlin das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl am 27. September bekanntgegeben: Die Union erhielt 33,8 Prozent der Stimmen, die SPD 23,0 Prozent, die FDP 14,6 Prozent, die Linkspartei 11,9 Prozent und die Grünen 10,7 Prozent. (dpa)

Bischöfe gegen Kolat-Vorschlag – Die katholische Deutsche Bischofskonferenz hält es nicht für notwendig, dass Schulen in Deutschland aus Anlass eines hohen islamischen Feiertags geschlossen bleiben. Der Sekretär der Bischofskonferenz, Hans Langendörfer SJ, verwies gegenüber dieser Zeitung auf die längst vorhandene Möglichkeit, muslimische Kinder an hohen muslimischen Feiertagen „vom Unterricht zu befreien, um religiösen Pflichten nachzugehen“. Diese Möglichkeit gebe es auch für katholische Kinder in der Diaspora. (D.D.)

Unterstützung für Sarrazin – Die Reaktion der Bundesbank auf die Äußerungen ihres Vorstands Sarrazin über Ausländer ist bei CDU und SPD auf Kritik gestoßen. Der bisherige finanzpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Bernhardt, bezeichnete die Entscheidung, Sarrazin eines von drei Ressorts zu entziehen, als „nicht nachvollziehbar“. Ähnlich äußerte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Dankert. Eine „Entmachtung, wie sie jetzt die Bundesbank vorgenommen hat, ist nicht die richtige Sanktion“, sagte er der „Bild“-Zeitung. (dpa/AP)

Gefängnisstrafe nach 1.-Mai-Krawall – Ein Berliner Amtsgericht hat am Mittwoch einen 30 Jahre alten italienischen Touristen wegen Landfriedensbruchs und versuchter Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt. Der Mann habe sich am 1. Mai in Kreuzberg „bewusst und gezielt an den Ausschreitungen“ beteiligt, heißt es in der Urteilsbegründung. Er hatte 17 Flaschen auf Polizisten geworfen. (mk.)

Stimmendiebstahl wird untersucht – Die SPD in Hamburg will noch einmal den Diebstahl von 950 Stimmzetteln aus der Urne im SPD-Haus untersuchen. Durch den Diebstahl wurde die Urwahl der Partei für ihren Spitzenkandidaten zur Bürgerschaftswahl 2008 ungültig. Der künftige Landesvorsitzende Scholz und der frühere Vorsitzende Petersen beauftragten einen der Partei nahestehenden Rechtsanwalt mit einem Bericht, der Anfang Dezember vorliegen soll. Schon einmal hatte die Partei eine Untersuchungskommission eingesetzt, die erfolglos blieb. Auch staatsanwaltschaftliche Untersuchungen führten zu keinem Ergebnis. (F.P.)

Matschie-Gegner sagen Gespräche ab – CDU und SPD wollen in Thüringen bis kommenden Dienstag ihre Koalitionsverhandlungen abgeschlossen haben. Die verhandelnden Fachgruppen treten an diesem Donnerstag zum letzten Mal zusammen. Der SPD-Vorsitzende Matschie sucht bisher vergeblich das Gespräch mit seinen innerparteilichen Gegnern, die Koalitionsverhandlungen mit Linkspartei und Grünen fordern. Matschies Gegner haben schon zwei Gesprächstermine mit dem SPD-Präsidenten abgesagt. Einige der Gegner sammeln Unterschriften für ein Mitgliederbegehren, um einen Mitgliederentscheid herbeizuführen. (cpm.)

Müller: Jamaika Modell für Berlin – Der saarländische Ministerpräsident Müller hält eine Jamaika-Koalition für ein Modell auch für den Bund. Ihre Chance bestehe darin, „bei notwendigen Veränderungsprozessen ein höheres Maß an gesellschaftlichem Konsens zu erreichen“, sagte Müller der Zeitung „Handelsblatt“. Unterdessen führte eine Panne bei den Grünen zu Verwirrung: Das in den Sondierungsgesprächen mit CDU und FDP vereinbarte Eckpunktepapier für die Koalitionsverhandlungen stand am Dienstag kurzzeitig auf einer Internet-Seite der Bundspartei. (oge.)

Berliner Grüne bestätigen Ratzmann – Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus haben ihre Fraktionsspitze neu gewählt. Für Ramona Pop, die bislang stellvertretende Vorsitzende war, stimmten 18 Abgeordnete, gegen sie fünf. Volker Ratzmann wurde mit sieben Gegenstimmen als Fraktionsvorsitzender im Amt bestätigt. (mk.)

Im Gespräch: Markus Söder (CSU), bayerischer Umwelt- und Gesundheitsminister

„Guttenberg in Berlin, ich in Bayern“

Derzeit weilt Markus Söder in Berlin und führt Koalitionsverhandlungen. Er versteht sich als Wertkonservativer mit Gespür für Ökologie. Die CSU müsse sich in seine Richtung verändern, fordert er.

Herr Minister Söder, welche Überschrift sollte die schwarz-gelbe Koalition haben?

Vorrang für Wachstum und Arbeit. Es geht um noch mehr. Das schwarz-gelbe Projekt steht für Freiheit, Wertkonservatismus und ökologische Erneuerung. Nach Jahren rot-grüner Stagnation sowie mühsamer schwarz-roter Kompromisse ist jetzt die Zeit reif für eine moderne bürgerliche Politik. Deutschland wird mit CDU, CSU und FDP freierlicher, wertkonservativer und ökologischer. Das entspricht der Aufbruchstimmung im Land.

Frei, konservativ und ökologisch – das klingt besser geeignet für eine „Jamaika“-Koalition.

Die „Jamaika“-Koalition im Saarland ist eine neue strategische Option. Sie kann eine Modellfunktion haben für ein Sechs-Parteien-System. Auch für Thüringen wäre das eine interessante Variante gewesen. In der künftigen schwarz-gelben Bundesregierung steht die CSU auch für den ökologischen Wertkonservatismus.

In welchem Bereich?

Die grüne Gentechnik ist für uns ein Symbolthema. Viele Menschen sind skeptisch gegenüber dem kommerziellen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Die Bewahrung der Schöpfung steht für sie im Mittelpunkt. Außerdem braucht es mehr Unterstützung für die ökologische Landwirtschaft. Wir dürfen nicht einseitig auf das Konzept einer riesigen Agrarindustrie wie in Ost- und Norddeutschland setzen, die nur nach Fläche und Masse geht. Gerade im Süden Deutschlands sind die Landwirte

auch ökologische Kultur- und Landschaftspfleger. Das muss honoriert werden. Auch bei der Kernenergie brauchen wir auf lange Sicht den Umstieg auf erneuerbare Energien.

Das klingt nach Vorgaben und Verbot, wo bleibt die Freiheit?

Liberal muss Schwarz-Gelb vor allem beim Bürokratieabbau sein. Das bürgerliche Bündnis ist mehr als eine arithmetische Koalition. Es ist ein Projekt mit ge-

Zugleich bejubeln Sie schwarz-grüne Annäherung. Wie passt das zusammen?

Es geht um das bürgerliche Lager als Ganzes. Die Grünen müssen sich entscheiden, ob sie dazugehören oder lieber nach links wandern wollen. Das Saarland ist da ein gutes Zeichen. In Deutschland gibt es zwei große politische Richtungen. Hier die bürgerliche Mehrheit, dort die Linkssozialisten aus SPD und Linkspartei. Die Grünen werden die Spagatpartei sein, die sich langfristig für eine Seite ent-



Vier für die CSU: Söder am Mittwoch mit Aigner, Guttenberg und Seebofer Foto dpa

meinsamer Philosophie. Union wie FDP sind für einen starken Staat, wenn es um den Schutz der Bürger geht. Aber wir sind für den zurückhaltenden Staat, wenn es um Bürokratie geht. Die Politik soll die großen Herausforderungen angehen, aber die Menschen nicht durch Bürokratie im Alltag gängeln. Wir haben nach anderthalb Jahrzehnten erstmals wieder eine bürgerliche Mehrheit. Das ist eine große Chance, die wir nutzen müssen.

scheiden muss, wenn sie sich nicht zerreißen will.

Die FDP im Bund wird ihre 15 Prozent halten wollen durch ein eigenes Profil. . .

Wir wollen jetzt gemeinsam regieren. Es geht nicht darum, welche Partei dabei Vorteile hat. Regieren ist immer schwerer als opponieren. Das wird auch die FDP merken. Aber das wäre zu klein gedacht.

Insgesamt muss das Ziel aller drei Parteien sein, das bürgerliche Lager zu stärken. Die Union hat ja auch an Nichtwähler verloren. Die müssen wir zu allererst wieder für uns überzeugen.

Warum feiern Sie dann nicht in Bayern ein schwarz-gelbes Projekt, sondern führen Kleinkrieg?

Tun wir das? Für die CSU geht es doch um mehr. Wir sind noch die letzte traditionelle Volkspartei. Aber auch wir stehen vor großen Herausforderungen. Bayern hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Wir noch nicht in gleicher Weise. Die Bayern sind freierlicher, unabhängiger und ökologischer geworden. Das müssen wir inhaltlich stärker aufgreifen. Es geht weniger um Stil als vielmehr um den Inhalt.

Vor vier Jahren versuchten Sie sich als Vorreiter der Konservativen, doch das zündete nicht. Nun geben Sie den Öko-Söder. Das wirkt taktisch, nicht überzeugt.

Einspruch. Die Ökologie-Bewegung kommt ursprünglich aus der Union. Für einen Konservativen steht die Bewahrung der Schöpfung im Mittelpunkt. Mich ärgert es bis heute, dass die Union dieses Kernthema in den achtziger Jahren den Grünen kampfflos überlassen hat. Das ändern wir jetzt.

Muss man mit einem Minister Söder auf Bundesebene rechnen?

Mit mir muss man immer rechnen. Aber von Bayern aus.

CSU-Star zu Guttenberg wird dabei sein, wie sehr schmerzt Sie der Erfolg Ihres Nachfolgers als Generalsekretär?

Sein Erfolg ist gut für die CSU. Guttenberg macht eine ausgezeichnete Arbeit. Wir konkurrieren nicht, wir ergänzen uns. Jeder hat seine Aufgabe. Er in Berlin, ich in Bayern.

Wird er bald die CSU führen und Sie Bayern, wie einst Waigel und Stoiber?

Beide Ämter sind in der ersten Hand von Horst Seebofer.

Die Fragen stellte **Wulf Schmiese**.

Der schwarz-gelbe Weg zur Bildungsrepublik

Die neue Bundesregierung will für Bildung und Forschung mehr Geld ausgeben / Von Heike Schmoll

BERLIN, 14. Oktober. Die schwarz-gelbe Arbeitsgruppe Bildung und Forschung hat einen ehrgeizigen Verhandlungsauftrag entgegengenommen: Sie soll die Ankündigung der Bundeskanzlerin, Deutschland zu einer Bildungsrepublik zu machen, mit Inhalten füllen. Unter den Koalitionären herrscht Einigkeit darüber, dass Bildung und Forschung zum Generalthema der kommenden Legislaturperiode werden soll – nach dem derzeitigen Gesprächsstand soll es auch das einzige Ressort ohne Finanzierungsvorbehalt sein. Während alle anderen Ministerien mit dem Etat auskommen müssen, der ihnen in der vergangenen Legislaturperiode zur Verfügung stand, wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit einer Etatsteigerung von etwa vier Milliarden Euro rechnen können. „Innovation“, „Bildungsrepublik“ oder „Wachstum durch Bildung“ soll das Motto für die kommenden vier Jahre sein.

Keinen Zweifel lassen die beiden Verhandlungsführer der Arbeitsgruppe, Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) und der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Pinkwart (FDP), daran, dass die in der Föderalismusreform I festgelegte Zuständigkeit von Bund und Ländern bestehen bleibt. Bundesbildungsministerin Schavan (CDU) kritisiert allerdings die fehlende Verantwortungsbereitschaft der Länder. Bei der Durchsetzung ihrer Freiheiten sei die Leidenschaft der Länder groß gewesen, um hinterher umso rascher zu verfliegen. Es gebe einen Unterschied zwischen Subsidiarität und Kleinstaaterei, sagte Frau Schavan und warf den Ländern vor, den Föderalismus durch ihr Verhalten (etwa durch Mobilitätshürden) in Frage zu stellen. Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Patrick Meinhardt, warnte dagegen ausdrücklich vor Zuständigkeitsdebatten. Die FDP kämpfe für eine neue Bildungspartnerschaft auf der Grundlage eines starken Wettbewerbsföderalismus. Wenn jeder immer dem anderen sage, was er in der Bildung

zu tun habe, komme man keinen Schritt voran. Das gelte auch beim Zusammenwirken von Ländern und Kommunen.

Im Sinne einer gewissermaßen „öffentlich-privaten“ Partnerschaft will die Bundesregierung auch Anreize für das Bildungssparen schaffen. Der Bund könnte eine Einstiegssumme zur Verfügung stellen, die dann von Eltern, Paten und Verwandten durch steuerbegünstigte Einzahlungen vermehrt würde. Auch dafür gibt es Sympathien bei der Union. Flankiert wird das Bildungssparen durch den Ausbau des Stipendienwesens für begabte Kinder aus bildungsfernen Schichten. Das seien konkrete Schritte gegen die Bildungsarmut, kündigt Frau Schavan an. Neben den Begabtenförderwerken sind die Länder für die Finanzierung der Begabtenstipendien zuständig, was zur Folge hat, dass in Deutschland nur 1,9 Prozent aller Schüler Stipendiaten sind. Im Sinne einer größeren Bildungsgerechtigkeit tritt die FDP für die Finanzierung von einem Anteil von zehn Prozent Stipendiaten ein. Strittig ist noch die Höhe des Finanzierungsanteils von Bund und Ländern.

Beide Parteien wollen die Ausgaben für Bildung und Forschung auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Die CDU will sich damit bis 2015 Zeit lassen, die FDP wollte das ehrgeizige Ziel ursprünglich schon zum Ende der schwarz-gelben Legislaturperiode im Jahr 2013 erreichen, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Klarheit besteht auch darüber, dass Unternehmen steuerlich entlastet werden sollen, die sich für die Forschung engagieren – etwa in Form von Steuergutschriften, wobei noch nicht feststeht, ob das nur für große oder auch kleine und mittlere Unternehmen gelten soll.

Um den erwarteten Studentenansturm nicht mit schlechteren Studienbedingungen für doppelte Abiturjahrgänge zu beantworten, sollen von 2011 bis 2015 – wie im Hochschulpaket festgeschrieben – insgesamt 275 000 neue Studienplätze geschaffen werden. Der Bund soll die Hälfte davon bezahlen, doch diese Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ist genauso

wenig in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen wie der Pakt für Innovation und die Mittel für eine Fortsetzung der Exzellenzinitiative. Dass die Koalitionäre alle drei Pakte wollen, steht außer Zweifel. Die Zahl der Studenten soll künftig bei 45 Prozent eines Altersjahrgangs liegen – derzeit sind es 39 Prozent. Bisher lag die Zielmarke des Bundes bei 40 Prozent. Das Hochschulrahmengesetz – schon jetzt durch die Hochschulgesetze der Länder nahezu bedeutungslos geworden – soll fallen, so dass der Bund nicht mehr die Möglichkeit hätte, die Zulassung zum Studium bundesweit zu regeln.

Die Bildungspartnerschaft zwischen Bund und Ländern soll auch in der frühkindlichen Förderung greifen. Die Koalitionäre wollen deshalb eine Fortbildungsoffensive für die insgesamt 325 000 Erzieher durch den Bund finanzieren, die Länder sollen im Gegenzug die verpflichtenden Sprachtests für Vierjährige und die daraus folgenden Förderangebote bezahlen. Fragen der Schulgestaltung haben wegen der Länderkompetenz nur eine geringe Rolle bei den Koalitionsverhandlungen gespielt, auch wenn die Notwendigkeit der Mobilität, Vergleichbarkeit und Qualität der Bildungsabschlüsse eigens

hervorgehoben wurde. Einig ist man sich darüber, dass die Übergangssituationen vom Kindergarten zur Schule und von der Ausbildung ins Berufsleben verbessert werden müssen und für die Übergänge auch der Bund zuständig sein könnte, ohne mit dem in der Föderalismusreform verankerten Kooperationsverbot in Konflikt zu geraten.

Um das Bildungsthema zu stärken, soll die Zersplitterung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung beendet werden. Das wäre mit einer Konzentration von Aufgaben im BMBF verbunden, die derzeit in anderen Ministerien angesiedelt sind. Das gilt etwa für die Energieforschung, die bisher auf die Ressorts Umwelt, Wirtschaft und Landwirtschaft verteilt ist, aber auch für die duale Aus- und Weiterbildung, die im Wirtschafts- und Arbeitsministerium angesiedelt sind, oder um die frühkindliche Bildung, die zum Familienministerium gehört.

Der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Pinkwart (FDP) will darüber hinaus die Ressortforschungseinrichtungen reformieren, die auch vom Wissenschaftsrat in einigen Teilen kritisch beurteilt worden sind. Auf diese Weise sollen Doppelarbeiten etwa in der Energie-

FDP stellt drei Minister in Kiel

F.P. KIEL, 14. Oktober. CDU und FDP in Schleswig-Holstein haben sich bei ihren Koalitionsverhandlungen darauf geeinigt, dass die FDP nun doch drei Ministerien erhalten soll. Das gaben die beiden Verhandlungsführer, CDU-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, und der FDP-Landesvorsitzende Jürgen Koppelin, nach einem knapp zwei Stunden dauernden Gespräch am Mittwochnachmittag in Kiel bekannt. Die FDP wird demnach für Soziales, Bildung und Justiz verantwortlich sein. Sozialminister soll der bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Heiner Garg werden. Als Bildungsminister war der Landtagsabgeordnete Ekkehard Klug bereits gesetzt. Wer Justizminister wird, ist noch unbekannt.

Die CDU übernimmt die Ministerien für Wirtschaft/Wissenschaft, Finanzen, Landwirtschaft/Umwelt und Inneres. Rainer Wiegard bleibt Finanzminister, muss aber die Zuständigkeit für die HSH Nordbank an das Wirtschaftsministerium abtreten. Wirtschaftsminister wird der bisherige Staatssekretär Jost de Jager. Klaus Schlie soll Innenminister werden. Offen ist, wer Landwirtschaftsminister wird. Der bisherige Amtsinhaber Christian von Boetticher ist jetzt Fraktionsvorsitzender im Landtag. Beide Parteien haben sich auch sonst in wesentlichen Punkten geeinigt.

Carstensen und Koppelin zeigten sich zuversichtlich, dass die Parteigegen dem Koalitionsvertrag mit großer Mehrheit zustimmen werden. Der Vertrag soll am Freitag ausgearbeitet und am Sonnabend paraphiert werden. Endgültig entscheiden die Parteitage. Am Dienstag hatte die FDP die Gespräche zunächst ausgesetzt mit der Begründung, dass bei der CDU Kompromisse wieder zur Diskussion gestellt würden, die schon als geklärt galten. Der Vorwurf richtete sich vor allem an von Boetticher. Er hatte Zweifel am Kompromiss in der Bildungspolitik angemeldet, nach dem es Gymnasien künftig freigestellt werden soll, ob sie die Reifeprüfung in zwölf oder dreizehn Schuljahren anbieten.

Die Beteiligten der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung

Die Arbeitsgruppe Bildung/Forschung wird geleitet von der amtierenden Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan (CDU) und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden und amtierenden Wissenschaftsminister Nordrhein-Westfalens, Andreas Pinkwart (FDP). Für die CDU waren außerdem der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Thomas Rachel, die saarländische Kultusministerin Kramp-Karrenbauer und der Generalsekretär der sächsischen CDU, Michael Kretschmer, beteiligt, der auch im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung

und Technologiefolgenabschätzung mitarbeitet. Auf CSU-Seite verhandelten der bayerische Kultusminister Ludwig Spaenle, der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stefan Müller, sowie Max Lehmer, der Mitglied im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung ist. Für die FDP waren neben Pinkwart die Landesvorsitzende Sachsen-Anhalts, Cornelia Pieper, die Sprecherin für Technologiepolitik, Ulrike Flach, und der bildungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Patrick Meinhardt, beteiligt. (oll.)

Frankfurter Allgemeine
Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Weltner

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Stefan Dietrich; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Jasper von Altenbockum; für „Zeitgeschichte“: Dr. Georg Paul Hefty; für „Die Gegenwart“: Horst Bacla; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Holger Appel; für Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzmarkt: Gerald Braunberger; für Sport: Jörg Hahn; Fußball-Koordination: Roland Zorn; für Feuilleton: Patrick Bahners, Verena Lueken (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt), Peter Lückemeier (Region).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Holger Appel; Bilder und Zeiten: Andreas Platthaus; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Die Lounge: Carsten Knop; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaften: Jürgen Kaube; Immobilienmarkt: Steffen Utlich; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Dr. Lukas Weber; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Georg Giersberg; Natur und

Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Christian Geyer; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Wolfgang Peters.

Bildredaktion: Christian Pohler; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Johannes Janssen; **Informationsgrafik:** Thomas Heumann; **Internet-Koordination:** Dr. Holger Schmidt.

GESCHAFTSFÜHRUNG: Tobias Trevisan (Sprecher); Dr. Roland Gerschermann.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer); für Anzeigenproduktion: Stephan Puls.

Anzeigenpreiliste Nr. 69 vom 1. Januar 2009 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preiliste Nr. 3 vom 1. Januar 2009 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Deutschland-Ausgabe 39,50 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 44,50 €. Abonnement Rhein-Main-Ausgabe 39,50 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 44,50 € (bei Postbezug Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag). Studierende, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 18,00 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulzeitschrift 18,50 €. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7% Umsatzsteuer; im Aus-

land 49,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Erscheint werktäglich. Frankfurter Allgemeine Zeitung D2954A und D2955A.

Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-archiv.de/syndikation. Auskunft unter syndikation@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-29 85. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4 – 6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach.

Amthliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatische Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsische Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91- 33 44. Abonnentenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen gegebenenfalls abweichende Preise) oder www.faz.net/leserportal. Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91 - 23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91 - 21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de
Postbank Frankfurt am Main (BLZ 550 100 60)
Konto-Nr. 91 393 - 604